

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe Februar 2008 (Nr. 02/08) – EUR 1,25 Z11263E

Kriminelle

Ausländer raus!

„Scheiß-Deutscher“. Das ist nicht einfach eine Pöbelelei, das ist eine Kriegserklärung. Die ausländischen Gewalttäter, die vor Weihnachten einen deutschen Rentner in der Münchner U-Bahn zusammenschlugen, handelten aus Haß gegen Deutschland, gegen die Deutschen, gegen unsere Kultur und unsere Werte.

Die Münchner U-Bahn-Schläger sind keine Einzelfälle. Beschimpfung, Haß, Mobbing, Raub, Prügel und lebensgefährliche Angriffe gehören für normale Deutsche ohne Politiker-Dienstwagen und schicke Villa im Nobelviertel zum Alltag. In den Ghettos und muslimischen Parallel-

welten unserer Großstädte ist ein Gewaltpotential fanatisierter jugendlicher Einwanderer herangewachsen, das jetzt nicht mehr ignoriert werden kann. Möglich gemacht haben das nicht zuletzt die linksliberalen Schreibtischtäter in Politik und Medien, die blind für die

Realität ihre multikulturelle Ideologie auf dem Rücken des eigenen Volkes durchgepeitscht haben. Möglich gemacht hat das auch die Feigheit der Unionsparteien, die den Mund gehalten und aus Partei-Egoismus noch mitgemacht haben, wenn diese Ideologen jeden

Kritiker als „rechtsradikal“ und „rassistisch“ diffamiert haben. Jetzt preisen sie uns wieder ihre sozialpädagogischen Patentrezepte von gestern an: Sozialarbeiter und allerlei Programme auf Steuerzahlers Kosten. Doch das ist kalter Kaffee. Auch härtere Strafen

allein können es nicht mehr richten. Jetzt hilft nur noch, was die Republikaner seit Jahr und Tag fordern, ohne sich von den Denkverboten der Multikulti-Lobby einschüchtern zu lassen, und was immer mehr Fachleute aus Polizei und Justiz bestätigen: **Kriminelle Ausländer raus!**

Schwarze Mogelpackungen

Haben wir diesen Film nicht schon mal gesehen? Rechtzeitig vor der Wahl entdeckt Roland Koch die Ausländerpolitik, um Stimmen zu fangen; nach dem Wahltag kümmert ihn dann sein „Geschwätz von gestern“ nicht mehr.

Kaum zu glauben, daß er es diesmal anders machen will. Und all den anderen Vorschlägen, die es derzeit aus den Reihen der Unionsparteien hagelt, wird es wohl ebenso ergehen, ist das Wahlkampfgetöse erst mal wieder vorbei.

Harte Strafen gegen jugendliche Gewalttäter – unter denen ausländische, insbesondere muslimische Einwanderer überproportional vertreten sind – sind notwendig. Mit Kuschelpädagogik beeindruckt man keinen Jungkriminellen,



Gutmenschliche Rassismusbekämpfung

der unseren Staat und seine Rechtsordnung verachtet.

Die Strafe, die kriminelle Jung-Einwanderer am nachhaltigsten beeindruckt, ist übrigens Ausweisung und Abschiebung. Die Republikaner werden CDU und CSU auch nach der Wahl noch daran erinnern. Damit es

nicht wieder so läuft wie nach der Kochschen Wahlkampagne gegen den rot-grünen Doppelpaß.

Deutschland braucht nicht nur ein schärferes Jugendstrafrecht, Deutschland braucht eine andere Einwanderungspolitik – bevor es zu spät ist.

Maulhelden wie Beckstein

So kennt man ihn, den bayerischen Innenminister – halt, er ist ja schon Ministerpräsident, man merkt's nur kaum. So kennt man also Günther Beckstein: Jetzt müsse man aber ausländische Gewalttäter härter bestrafen und schneller abschieben, forderte er, als ganz Deutschland über die U-Bahn-Schläger von München diskutierte.

Wenn die Integration nicht gelinge, sei das oft die einzige Möglichkeit, ist es dem Herrn Beckstein reichlich spät gedämmert. Stimmt. Bloß: Die „massiven Integrationsdefizite“ haben die brutalen U-Bahn-Schläger schon ziemlich lange. Die Akte des türkischen Täters ist tausend Seiten dick und umfaßt über vierzig Straftaten.

Würde das geltende Recht konsequent angewandt, hätte dieser Serientäter schon längst zurück in die Türkei geschickt werden müssen. Dem pensionierten Schuldirektor Bruno N. wären dann seine lebensgefährlichen Verletzungen, die Angst und das Trauma erspart geblieben. Und dem deutschen Steuerzahler viel Geld für Sozialpädagogen und Anti-Agressions-Kurse, die bei solchen Typen offensichtlich nichts fruchten. Als Innenminister hat sich Günther Beckstein, allen markigen Worten zum Trotz, nicht darum gekümmert, daß gemeingefährliche Schläger wie Serkan A. aus Bayern verschwinden müssen. Warum sollen wir ihm glauben, daß er als Ministerpräsident seine Sache besser macht?

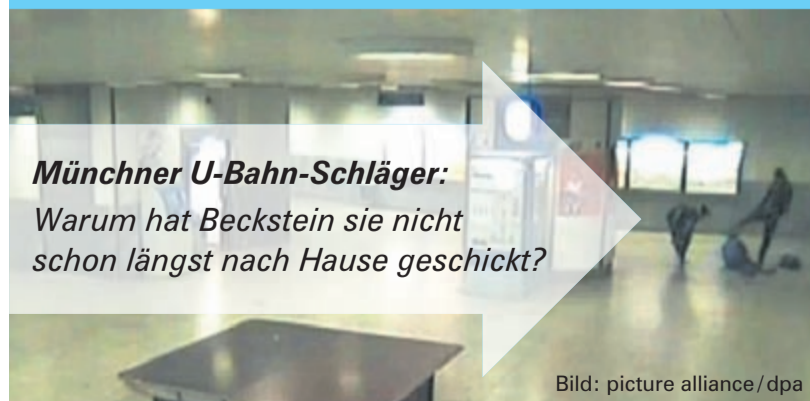


Bild: picture alliance / dpa

Aktion:**Republikaner
sammeln
Unterschriften:
Kriminelle
Ausländer
raus!**

Während die Union noch redet, handeln die Republikaner: In Hessen sammelt die Partei Unterschriften für die Abschiebung von ausländischen Intensivstraf Tätern in ihre Heimatländer.

Im Beisein eines Kamerteams des Hessischen Rundfunks trug sich der Vorsitzende des hessischen Landesverbandes und Spitzenkandidat der Partei, Haymo Hoch, als erster in eine der Listen ein.

Begleitet wurde die Kampagne der Republikaner durch eine breit angelegte Plakataktion im Rahmen des Landtagswahlkampfes.

Doch während Hessens Roland Koch, Bayerns Günther Beckstein und all die anderen schwarzen Sprücheklopfer ihre markigen Worte sofort nach dem Wahltag wieder vergessen haben dürften, kann man sich bei den Republikanern darauf verlassen, daß sie auch in Zukunft für dieses Ziel eintreten werden – so wie sie es schon seit Jahr und Tag tun.

Die Republikaner in Bayern werden die Aktion aufgreifen, dann wird sich zeigen, wieweit die CSU auf Sprüche auch Taten folgen läßt.



Martin Huber
Landratskandidat Erding

Was unsere Kommunen wirklich brauchen

Föderalismus und Selbstverwaltung in Bayern sind durch die jahrzehntelange CSU-Vorherrschaft gründlich beschädigt worden. Der Entscheidungsrahmen für Kommunalpolitiker ist auf ein Minimum reduziert worden. Die Aufgaben der Gremien beschränken sich größtenteils auf ein Abnicken von Beschlüssen aus Brüssel.

Von den kommunalen Realitäten weit entfernte Eurokraten schränken die Kompetenz regionaler und kommunaler Gremien ein, und die Bundesregierungen aller Couleur – egal ob rot oder schwarz – wälzen ihre Finanzfehlleistungen nach unten ab. Staatsregierung und Landtag haben mit dafür gesorgt, daß die Kommunalpolitiker immer mehr zu Handlangern degradiert wurden.

Wenn unser Bundesfinanzminister Steinbrück und der bayerische Finanzminister und CSU-Vorsitzende Huber von schuldenfreien Haushalten tönen, ist das wie eine schallende Ohrfeige für die Kommunen, die immer mehr an Lasten – und damit an Finanzleistungen – aufgedrückt bekommen haben.

Und auch die Bürger werden gnadenlos durch immer weiter steigende Abgaben belastet. Den Kreisen und Gemeinden bleibt bei dieser Politik nichts anderes übrig, als sich immer mehr Geld bei den Bürgern zu holen oder sich weiter zu verschulden.

Eine Forderung der Republikaner ist daher, endlich den Solidaritätszuschlag

abzuschaffen, um den Kommunen und den Bürgern wieder mehr Geld in der Tasche zu lassen. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß kommunale Straßen in Bayern und anderen westlichen Bundesländern heute in ähnlichem oder schlimmerem Zustand sind, wie die Straßen in der ehemaligen DDR vor der Wende.

Die Republikaner stehen hundertprozentig auf der Seite des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung. Die in Jahrzehnten geschaffenen Seilschaften und die durch Parteienfilz gebundenen Abnicker werden auch diesmal vor den Wahlen nur schöne Zukunftsprognosen fern jeder Realität verbreiten, aber nach den Wahlen weiterhin wieder nichts bewegen.

Wir wollen den Bürgern helfen, die Wahlversprechen einzufordern. Was die Kommunen und unser Land brauchen, sind wieder Frauen und Männer, die sich nicht wie Marionetten manipulieren lassen und nicht Parteipolitik, sondern kommunale Politik für die Region, unser Land und unsere Heimat betreiben.



Johann Gärtner
ist Kreisrat in Aichach-Friedberg,
bayerischer Landesvorsitzender und
stellvertretender Bundesvorsitzender
der Republikaner

Kein Respekt mehr vor der Polizei



„Jugendliche attackieren Polizisten“, diese Schlagzeilen tauchen immer häufiger in der bayerischen und deutschen Presse auf. Die Kriminellen werden immer jünger, dreister und gewaltbereiter. Sie schrecken nicht mehr vor dem Symbol der staatlichen Hoheit, der Uniform, zurück.

Wer diese Autoritätsverachtung nur auf gesteigerten Alkoholkonsum schiebt, macht es sich zu einfach. Die Politik der letzten Jahrzehnte hat daran ebenfalls großen Anteil.

Waren es nicht gerade manche „Grünen“, die seinerzeit an vorderster Krawallfront standen und Polizisten mit Steinen und Stöcken prügelten?

Sind es nicht die sog. „Autonomen“, die in sog. „Schwarzen Blöcken“ der Polizei massiven Widerstand entgegengesetzten und die durch „Linke“ und „Grüne“ im Bundestag ihren parlamentarischen Arm haben?

Nicht zu vergessen, daß jeder Polizist, der von einem Gewalttäter bezichtigt wird, ihn falsch „angefaßt“ zu haben, sich einem Disziplinarverfahren unterziehen muß und damit an Autorität verliert.

Diese falsche Politik der letzten Jahrzehnte hat dafür gesorgt, daß das Ansehen des Polizisten in erheblichem Maße gelitten hat.

Wir Republikaner werden uns weiterhin für die Stärkung der Polizei einsetzen, damit in diesem Lande wieder Recht und Ordnung herrscht, wie es der Bürger erwartet.



Richard Graupner
Stadtratskand. Schweinfurt

Mit der CSU durch Rauchverbot zum Kneipentod



Berthold Seifert
Landratskandidat
in Würzburg

Die CSU hat das rigideste „Nicht-rauchergesetz“ in Deutschland auf den Weg gebracht. Sicher sind jetzt alle Volkserzieher und Gutmenschen glücklicher als vorher. Doch was die bayerische Staatsregierung dem Bürger da wieder einmal zumutet, übersteigt das Maß des Erträglichen.

In Bayern gibt es keine abgetrennten Raucherräume, keine reinen Raucherkneipen und auch keine sonstigen Ausnahmen. Allein in Bayern stehen deshalb 8.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt auf dem Spiel.

Mit dem hessischen Nichtrauchergesetz könnten sicher viele leben, da dort die Gastwirte die Entscheidung haben. Sie kennen ihre Gäste am besten. In Bayern jedoch meint man, alles regeln zu müssen, damit dem Bürger nur kein eigener Spielraum bleibt. Er könnte ja sonst das Falsche tun!

Wenn das Rauchen so gefährlich ist, wie die Politiker uns erzählen, müßte man es konsequent ganz verbieten. Aber auf 18 Milliarden Euro Steuereinnahmen will man wohl doch nicht verzichten. Da ist es schon leichter, einfach einen Teil der Bevölkerung zu diskriminieren und auszugrenzen.

Und was kommt als nächstes? Die Prohibition? Darf man sein Bier künftig auch nur noch zu Hause trinken? Oder gibt es eine Sondersteuer auf „ungesunde“ Schweinshaxen?

Die meisten Menschen haben ein großes Problem mit Politikern, die ihnen erzählen wollen, wie sie zu leben und was sie zu lassen haben. Leider gibt es bei den Altparteien fast nur noch solche Politiker.

Es ist an der Zeit, daß die Bürger beweisen, wie „mündig“ sie sind, und den politisch Verantwortlichen in Bayern endlich eine gehörige Abfuhr erteilen.

Schafft Arbeit – rettet Arbeitsplätze



Sechs-Punkte-Programm der Republikaner zur Arbeitsmarktreform

Die Jubelmeldungen der Politiker täuschen: Zwar sinkt die offizielle Zahl der Arbeitslosen, aber die Angst vor Jobverlust und Armut hält die Deutschen weiter fest im Griff. Und das nicht nur, wenn wieder mal ein internationaler Konzern – wie der Mobilfunkhersteller Nokia – sein Werk in Deutschland schließt, nachdem er Millionensubventionen einkassiert hat, nur weil er in einem von der EU und vom deutschen Steuerzahler mitgeförderten Industriepark in Rumänien noch ein bißchen mehr Profit machen kann.

Immer mehr Menschen müssen sich mit Nebenjobs durchschlagen. 2,2 Millionen Menschen haben zusätzlich zu ihrem Vollzeitberuf noch einen Minijob, weil sie anders nicht durchkommen – über zwei Drittel mehr als noch vor fünf Jahren. Eine Rekordzahl.

Wer die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessern will, muß die Rahmenbedingungen ändern.

Deshalb haben die Republikaner ein Sechs-Punkte-Programm verabschiedet:

- Jede weitere Zuwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt muß konsequent unterbunden werden.
- Die hohen Sozialabgaben müssen deutlich reduziert werden, damit sich Arbeit wieder lohnt.
- Das Lohnabstandsgebot muß eingehalten werden. Dabei ist Kombilohnmodellen der Vorzug gegenüber Mindestlöhnen einzuräumen.

- **Dumping-Löhne durch ausländische Dienstleistungsanbieter müssen konsequent verhindert werden.**
- **Wohneigentum und Lebensversicherungen dürfen bei Bezug von ALG II nicht anspruchsmindernd angerechnet werden. Altersvorsorge darf nicht bestraft werden.**
- **Wer länger als 30 Jahre erwerbsfähig war, soll einen Anspruch auf ALG I-Bezug von 24 Monaten haben.**



Schluß mit der Unterschichtse inwanderung

Vierzig Prozent der Einwanderer haben keinen Berufsabschluß. Nicht mal ein Viertel der Kinder aus Einwandererfamilien macht überhaupt eine Berufsausbildung, fast ein Fünftel von ihnen, 18 Prozent, brechen die Schule vorzeitig ab. Diese katastrophale Bilanz zieht der siebte „Migrationsbericht“ der Bundesregierung.

Die „Integrationsbeauftragte“ Maria Böhmer von der CDU macht es sich da einfach: Sie fordert noch mehr Steuergeld und noch mehr Programme und Sozialarbeiter, um die „schulische und berufliche Bildungssituation“ der Einwanderer zu verbessern.

Was aber, wenn diese dazu gar nicht bereit sind, weil sie die deutsche Mehrheitsgesellschaft, die sie alimentiert, verachten? Was aber, wenn die Voraussetzungen für eine „Qualifizierung“ gar nicht gegeben sind?

Die Milliardenprogramme nützen letztlich nur der sozialpädagogischen Integrationsindustrie. Der Weg aus der Sackgasse heißt nicht „nationaler Integrationsplan“, sondern Stop der Unterschichtseinkwanderung und Rückführung all jener Einwanderer, die in unseren hochtechnisierten Arbeitsmarkt und in unsere Werteordnung nicht integriert werden können.

Schaumschlägerei um den Mindestlohn

Die SPD hält das wohl für einen geschickten Schachzug: Mit der Forderung nach flächendeckenden Mindestlöhnen will sie dieses Jahr in den Wahlkämpfen Punkte machen – und gleichzeitig vom eigenen sozialpolitischen Versagen ablenken.

Denn warum reicht der Lohn oft nicht zum Leben? Doch auch, weil der Staat zuviel davon gleich wieder einkassiert und mit hohen Steuern und Abgaben das Leben immer teurer macht. Und beim Erfinden neuer Steuern, wie der „Ökosteuern“, und beim Hochschrauben der vorhandenen, wie der Mehrwertsteuer, sind die Sozis bekanntlich immer ganz vorne mit dabei.

Und warum werden Geringqualifizierte so schlecht bezahlt? Doch auch, weil es zu viele davon gibt. Und die haben uns Union und SPD in schönster Eintracht per Unterschichtseinkwanderung selbst ins Land geholt und die Lage durch die bedenkenlose Globalisierung der Arbeitsmärkte, u. a. durch die EU-Osterweiterung, noch verschärft.

Der einzig richtige Weg ist daher die Senkung von Steuern und Abgaben, wovon alle Bürger – Arbeitnehmer, Rentner, Unternehmer und Arbeitslose – profitieren würden, und die Eindämmung der importierten Billigkonkurrenz.

Kommentar ...

Rentner haben immer weniger

Das letzte Jahr hat den deutschen Rentnern die vierte Minusrunde in Folge gebracht. Die Inflation hat die mickrige Rentenerhöhung vom Juli mehr als aufgeessen. Und eine Rentensteigerung, die den Namen verdient, ist auch dieses Jahr nicht in Sicht.

Um fast zwei Prozent ist die Kaufkraft der Rentner 2007 gesunken, hat das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft berechnet. Seit 2003 sind die gesetzlichen Renten im Schnitt um 6,5 Prozent geschrumpft.

Im Sommer wurden die Renten um gerade mal 0,54 Prozent angehoben. Gleichzeitig stiegen die Preise für Strom, Gas, Benzin und Lebensmittel um bis zu dreißig Prozent. Darunter hatten die Rentner besonders zu leiden. Dieses Jahr wird die Inflation wieder über zwei Prozent liegen – die bisher erwarteten Rentenerhöhungen fangen das gerade mal zur Hälfte auf.



Jetzt schon liegt das Rentenniveau nur noch knapp über der Hälfte des Durchschnittseinkommens. Wenn das so weitergeht, erhält ein Rentner, der sein Leben lang Beiträge gezahlt hat, künftig kaum mehr als den Sozialhilfesatz.

Dagegen hilft nur eine echte Rentenreform, wie sie die Republikaner schon seit über zehn Jahren fordern: **Strikte Überprüfung aller versicherungsfremden Leistungen und schrittweiser Aufbau eines Kapitalstocks, um die Rentenkassen vom Rückgang der Bevölkerung unabhängiger zu machen.**

Deutschlands Zukunft?

Es war im Jahre 2020...

Aufwachen Michel!



Ich wurde wach vom Ruf des Muezzins, der über Lautsprecher von der benachbarten Moschee in mein Ohr drang. Ich habe mich längst daran gewöhnt.

Früher war das mal eine Kirche, aber sie war schon vor vielen Jahren zur Moschee umfunktioniert worden, nachdem es der islamischen Gemeinde in unserem Viertel in ihrer alten Moschee zu eng wurde.

Die wenigen verbliebenen Christen hatten keinen Einspruch gewagt. Unser türkischer Bürgermeister, Herr Mehmezal, meinte, es sei längst an der Zeit, der einzig wahren Religion mehr Platz zu schaffen.

Die wenigen Deutschen, die noch in unserer Gegend wohnen, schicken ihre Kinder alle in die Koranschule, damit sie es leichter haben, sich zu integrieren. In den Schulen wird in türkisch unterrichtet, auch in jugoslawisch oder arabisch, je nach der Mehrheit.

Die wenigen deutschen Kinder müssen sich eben anpassen; Kinder haben ja wenig Mühe mit dem Erlernen von Fremdsprachen.

Alex, unser Zehnjähriger, spricht zu Hause meist gebrochen deutsch, fällt aber immer wieder ins Türkische; da wir das nicht können, schämen wir uns.

Alex ist das einzige Kind mit deutschen Eltern in seiner Klasse, er versucht, sich so gut er kann anzupassen.

Ich will die Nachrichten im Radio einschalten, finde aber erst nach langem Suchen einen deutschsprachigen Sender. Seit die Frequenzen nach dem Bevölkerungsanteil vergeben werden, müssen wir uns eben umstellen.

Der Sprecher sagt, daß auf Druck der fundamentalistischen „Partei des einzig richtigen Weges“ im Nationalrat ein Kopftuchzwang für alle Frauen eingeführt wird. Meine Frau trägt auch eins, um weniger aufzufallen; sie wird jetzt nicht mehr sofort als Deutsche erkannt und freundlicher behandelt.

Außerdem soll auf einstimmigen Beschluß ein „Tag der Deutschen Schande“ eingeführt werden, der an die Intoleranz der Deutschen erinnern soll, insbesondere an die Ausländerfeindlichkeit.

Ich sehe aus dem Fenster auf die Straße. Die Barrikaden sind noch nicht weggeräumt und rauchen noch; aber die Kehrtrabfuhr ist schon am Aufräumen. Gestern hatten sich serbische und kroatische Jugendliche in unserer Straße eine Schlacht geliefert - oder waren es türkische und kurdische?

Unsere Scheiben sind diesmal heil geblieben.

Meine Frau hat wieder Arbeit gefunden, in einem türkischen Restaurant, als Aushilfe. Da Ausländer bei der Arbeitsvergabe vorrangig behandelt werden, ist das ein großes Glück. Ich muß nicht mehr zum Arbeitsamt. Mein Berater, Herr Hassan Muftluft sagt, ich sei als Deutscher nicht mehr vermittelbar, und hat mir einen Sprachkurs in Aussicht gestellt.

Ich habe natürlich zugestimmt, so eine Chance bekommt man nicht alle Tage.

Mein Vermieter, Herr Ali Yueksel, erwähnte gestern beiläufig, daß er die Wohnung einem seiner Brüder und dessen Familie versprochen habe und wir uns schon mal nach etwas anderem umsehen sollten. Auf meinen schüchternen Einspruch hin meinte er nur, er habe gute Beziehungen zu den örtlichen Behörden. Nun müssen wir also raus, aber besonders schwer fällt uns der Abschied aus unserer Gemeinde nicht.

Wahrscheinlich werden wir, wie viele unserer alten Bekannten und Nachbarn, in die anatolische Steppe auswandern. Die türkische Regierung hat dort allen Deutschsprachigen großzügigerweise ein Stück Land angeboten. Es ist eine Art Reservat für uns. Wir wären dort unter uns und könnten unsere Sprache und Kultur pflegen.

Diese Idee beschäftigt uns schon lange!

Bayerns Grenzen – offen wie Scheunentore

Die Warnungen waren nicht übertrieben: Der Wegfall der Grenzkontrollen an den Übergängen nach Polen und Tschechien war eine Einladung an illegale Einwanderer. Seit der Grenzöffnung an Weihnachten sind die Übertrittsversuche drastisch angestiegen.



Interne Zahlen der Bundespolizei belegen: Allein in den ersten zwei Wochen nach dem 21. Dezember wurden an der 1253 km langen Ostgrenze der Bundesrepublik 614 illegale Einwanderer aufgegriffen – fast fünfzig Prozent mehr als im ganzen ersten Halbjahr 2007, als es noch Schlagbäume und feste Kontrollen gab. Nach der Grenzöffnung wurde dagegen nur stichprobenartig jedes zweitausendste Fahrzeug kontrolliert – alle anderen fuhren unkontrolliert über die geöffneten Ostgrenzen. Experten rechnen daher mit einer zehnmal höheren Dunkelziffer. Die Öffentlichkeit soll davon offenbar nichts erfahren. **Zahlen über „unerlaubte Einreisen/**

Schleusungen“ dürfen laut Dienstanweisung nur mit Genehmigung des Schäuble-Ministeriums herausgegeben werden. Sonst könnten die Leute ja merken, daß die Behauptungen im Vorfeld, die Grenzen seien dank der Kontrollen im Hinterland „genauso sicher“, nichts als Beschwichtigungspropaganda waren.

Bayerns Ministerpräsident und einstiger Innenminister Beckstein schweigt vornehm zu diesem Skandal. Die Republikaner fordern dagegen: **Schluß mit dem Unfug – die Grenzkontrollen müssen sofort wieder eingeführt werden, um die illegale Einwanderung einzudämmen.**

Friedrich-Ebert-Stiftung unterliegt den Republikanern

Es ist eine übliche sozialistische Verleumdungstaktik, alles, was nicht links ist, pauschal als „rechts“, „rechtsextrem“ und böse zu diffamieren.

Die SPD-nahe „Friedrich-Ebert-Stiftung“ mußte nun erfahren, daß die Republikaner sich diese Methoden nicht gefallen lassen und sich dagegen wehren, in verleumderischer Absicht mit der NPD in einen Topf geworfen zu werden.

Aufgrund einer einstweiligen Verfügung muß sie nun aus ihrer Wanderausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern 2005“ eine Tafel entfernen, die die rechtsdemokratische Partei pauschal mit NPD und DVU vermengt. Der Versuch der Stiftung, im Auftrag der Mutterpartei SPD unter einem pseudowissenschaftlichen Deckmäntelchen die politische Konkurrenz mit unlauteren Mitteln zu diskriminieren, hat einen Dämpfer bekommen. Den Schaden durch das dreiste Vorgehen der SPD-Stiftung hat allerdings auch der Steuerzahler, auf dessen Kosten die Verleumdungskampagne wieder mal finanziert wurde.

Auf geht's ...

zum Politischen Aschermittwoch der Republikaner nach Geisenhausen bei Landshut/Niederbayern!

Es ist wieder soweit – am 6. Februar laden die Republikaner zum traditionellen Politischen Aschermittwoch im Festsaal der „Brauhausstuben“ in Geisenhausen/Niederbayern.

Der bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner wird sich mit den Wahlen in Bayern und den guten Aussichten für die Republikaner auseinandersetzen.

Das Thema „Ausländer-/Jugendkriminalität und das Versagen der Altparteien“ gibt dem Bundesvorsitzenden der Republikaner, Dr. Rolf Schlierer, viel Zündstoff.



**Lassen Sie sich dieses Ereignis nicht entgehen!
Einlaß ab 8 Uhr, Beginn 10 Uhr, Ende ca. 13 Uhr**

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!



Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

**DIE
REPUBLIKANER**
Bundesverband
Postfach 5201 29
48087 Münster

Spendenkonto:

Postbank Dortmund
Konto-Nr. 387 450 460
BLZ: 440 100 46

SO ERREICHEN SIE UNS:



Telefon: (0 18 05) 737-000

Telefax: (0 18 05) 737-111

E-Mail: info@rep.de

www.rep.de

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 8702 10, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.), Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: U. Winkelsett